

Künzell

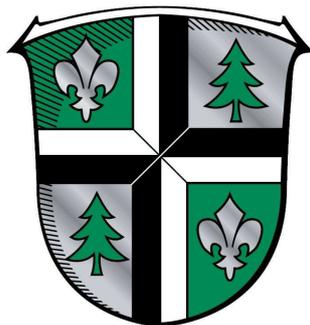
... die sympathische Gemeinde

2018

Etatrede

von Bürgermeister Timo Zentgraf

Gemeinde Künzell



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Gemeindevertreterinnen und
Gemeindevertreter,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

heute übergebe ich Ihnen den Entwurf der
Haushaltsplanung für 2018.

Der eine oder andere wird sich als erstes fragen,
was kommt in 2018 auf uns zu: Wieder eine
Steuererhöhung wie in 2017? Klare Antwort: nein!
Wir liegen bei der Gewerbesteuer als günstigste
Kommune im Landkreis Fulda gleichauf mit
Ebersburg bei 350 %. Bei der Grundsteuer A liegen
wir hinter der Stadt Fulda mit einem Satz von 275
% auf dem 2. Platz und bei der Grundsteuer B mit
295 % auf dem 1. Platz im Landkreis Fulda. Diese
Sätze liegen allesamt unter den Nivellierungs-
hebesätzen des Kommunalen Finanzausgleiches
(KFA) und einiges unter den derzeit
durchschnittlichen Hebesätzen von Hessen. Das
Finanzministerium hält übrigens Hebesätze von
1.200 Prozent bei der Grundsteuer B für
vertretbar.

Ich hoffe, wir kommen niemals in die Situation, solche Hebesätze aufrufen zu müssen.

Trotz der niedrigsten Hebesätze investieren wir stark in unsere Infrastruktur und haben dennoch einen Haushalt mit einer schwarzen Null im ordentlichen Ergebnis und einem Plus von ca. TEUR 250 im außerordentlichen Ergebnis. Diese sehr niedrigen Steuersätze in Kombination mit einem positiven Haushaltsansatz und sehr hohen Investitionen können sich sehen lassen und sind hessenweit eher selten zu finden.

Sehr auffällig ist in diesem Jahr die Höhe der Erträge. Das Haushaltsvolumen steigt auf 26,5 Mio. EUR und liegt somit um ca. 15 % über dem letzten Haushaltsjahr. Dies ist eine absolute Rekordsumme bei den Einnahmen. Super könnte man sagen, wir schwimmen im Geld – fast 3 Mio. EUR mehr Einnahmen, was machen wir damit?

Aber halt – Stopp – was macht die Ausgabenseite: die macht doch leider bei der Erhöhung auch mit. Wir erhalten zwar mehr Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen, dürfen aber ca. die Hälfte davon an den Landkreis Fulda weiterleiten,

obwohl sich die Umlagesätze nicht erhöht, sondern im Gegenteil sogar gegenüber dem letzten Ansatz gesenkt haben.

Auslöser für die höheren Umlagen ist die höhere Bemessungsgrundlage und die positive Wirtschaftssituation mit insgesamt höheren Steuereinnahmen in Hessen.

Allein dadurch erhält der Landkreis Fulda von allen Landkreiskommunen zusammen eine „stille Erhöhung der Kreis- und Schulumlage“ von ca. 9,6 Mio. EUR. Nach den Berechnungen unseres Kämmerers könnte der Landkreis Fulda die Schulumlage deshalb um 4,86 % senken und hätte immer noch die gleichen Einnahmen aus der Summe der Umlagen wie im Vorjahr. Schließlich erhält der Landkreis direkt zusätzlich auch 4,9 Mio. EUR höhere Schlüsselzuweisungen als im Vorjahr. Sollten die Umlagesätze so bleiben, wie sie derzeit sind, so hätte der Landkreis Fulda incl. der Schlüsselzuweisungen eine höhere Einnahme von 14,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Auch die Stadt Fulda bekommt ca. 6,3 Mio. EUR mehr, nur die restlichen Kommunen aus dem Landkreis

Fulda haben in Summe 2 Mio. EUR weniger Einnahmen als im Vorjahr. Dieses ist eine deutliche Umverteilung zu Gunsten der sehr großen Kommunen. Deshalb muss es eigentlich eine erneute Senkung der Schulumlage geben. Der Landkreis sollte dieses intensiv prüfen und ich fordere die Kreistagsmitglieder auf, sich diese Rechnung einmal vorlegen zu lassen.

Aber wer gibt schon freiwillig Einnahmen ab? Das passiert höchstens mal in Jahren vor Wahlen – nach Wahlen eher seltener.

Letztes Jahr habe ich darauf gehofft und es hat funktioniert. Die Signale von Seiten des Landkreises sind in diesem Jahr jedoch nicht so positiv. Aber wie bekannt, die Hoffnung stirbt zuletzt und mein Bürgermeisterkollege aus Hünfeld Hr. Schwenk von der CDU hat bereits ähnliches gefordert.

Die Kosten für den Betrieb der Kindergärten steigen ebenfalls. Ich bin mal gespannt, wie sich in ein paar Monaten die Inanspruchnahme der Kinderbetreuung darstellt, wenn die Betreuungskosten bei den über 3jährigen auf

Seiten der Eltern wirklich wie versprochen wegfallen, bzw. vom Land übernommen werden.

Die Umsetzung erfolgt allerdings nur, wenn wir als Gemeinde Künzell dazu einen freiwilligen Antrag stellen. Hätte man hierzu nicht ein landesweit gültiges Gesetz in Erwägung ziehen können, statt nur Förderprogramme zu versprechen? Wohl nicht, denn dann wäre das Land voll in der Kostenverantwortung gewesen. So ist man aus dem Prinzip der Konnexität „wer bestellt, der bezahlt“ fein raus.

Freuen sich nun die Eltern über das gesparte Geld, oder investieren sie dieses in zusätzliche Leistungen? Will dann jedes Kind über Mittag bleiben und Mittagessen serviert bekommen, wenn es sich die Eltern nun leisten können?

Das kurz vor der Bundestagswahl angekündigte Geschenk der Landesregierung muss nun vor der Landtagswahl noch genauer umgesetzt werden. Es ist für die Eltern ein sehr schönes Geschenk, aber an dieser Stelle muss ich mal ganz kritisch fragen: Hat man sich dabei wirklich Gedanken über die möglichen Folgen und die praktische

Ausgestaltung gemacht? Müssen nun an jedem Kindergarten zusätzliche Küchen- und Schlafräume angebaut werden? Wieviel zusätzliche Stauräume für Geschirr, Gastronomiebedarf und Toilettenpapier benötigen wir? Wir haben hauptsächlich Kindergärten aus den 70er-Jahren, die immer mal wieder schön angebaut und zeitgemäß aktualisiert wurden, aber in ihrer Grundstruktur den heutigen Bedürfnissen nach einer Ganztagesbetreuung mit 100% Mittagessen und Schlafversorgung nicht wirklich gerecht werden.

Wer zahlt die notwendigen zusätzlichen baulichen Erweiterungen? Haben wir dafür bei den vorhandenen Einrichtungen überhaupt noch Platz? Wer zahlt das zusätzlich notwendige Personal? Bekommen wir so schnell auch qualifiziertes Personal? Wie gehen wir mit den Tagesmüttern um?

Wir bekommen nun wohl ehemalige Ostverhältnisse, die noch vor 20-30 Jahren völlig belächelt und vom Westen verachtet wurden. Nun wird es zum Standard erhoben und dann auch zu

Recht von den Eltern erwartet. Und auf welchem Rücken wird es ausgetragen: Auf dem Rücken der Kommunen. Der Bedarf an ganztägiger Betreuung wird durch die Kostenfreiheit für die Eltern weiter geweckt und dann steigen auch noch die notwendigen Standards über die Hintertür.

Bei der Umsetzung von Vorgaben in Bezug auf z.B. Hygieneverordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und Brandschutzverordnungen kommen Auflagen von externen Stellen, bei denen die Sachbearbeiter für sich selbst als Verantwortungsträger Rechtssicherheit wollen und einfordern, denn ansonsten werden sie vielleicht von den Eltern verklagt. Doch jede dieser Forderung erhöht die Kosten für eine Maßnahme, wie wir es gerade jetzt beim Bau des Kindergartens in Pilgerzell beobachten können. Manchmal frage ich mich derzeit, wie können die Kinder ihr eigenes zu Hause eigentlich überleben? Dort sind sie bei weitem nicht so „geschützt“, wie im Kindergarten. Wer hat z.B. zu Hause in den Türen einen Klemmschutz oder hält sämtliche geltenden Hygienevorschriften ein?

Doch nun noch einmal zurück zum größeren Bedarf im Kindergartenbereich. Ich sage nicht, dass die Entwicklung zur besseren Betreuung von Kindern in Krippen oder Tagesstätten grundsätzlich schlecht ist, wir haben gerade in der Stadtregion Fulda Vollbeschäftigung und benötigen zusätzliche Arbeitskräfte, die auch mit solchen Maßnahmen generiert werden können. Aber die Geschwindigkeit der Veränderung, mit der wir jetzt umgehen müssen, wird immer höher und immer schwieriger zeitnah umzusetzen.

Dann haben wir außerdem noch das „Glück“ oder sollte ich eher sagen „Pech“, in einer prosperierenden Stadtregion zu leben. Wir sind wider Erwarten doch nicht vom demographischen Abschmelzen von Einwohnern betroffen, erst recht nicht im Bereich der Kinderzahlen und erhalten Woche für Woche noch Zuzug aus anderen Städten. Dieses ist absolut schön - bringt uns allerdings auch in Schwierigkeiten. Diese Zuzüge waren nie geplant – ganz im Gegenteil. Wie gehen wir nun damit um? Ist es nur ein vorübergehendes Phänomen? Flaut die Wirtschaft wieder ab? Akzeptieren wir Wartelisten

bei Kindergartenplätzen mit der Gefahr verklagt zu werden, weil der Bund einen Rechtsanspruch festgelegt hat? Oder bauen wir gleich noch einen komplett neuen Kindergarten zusätzlich, weil dann vielleicht die zusätzlichen und neuen Plätze in Pilgerzell und Dirlos immer noch nicht ausreichen? Zahlt dieses dann auch der Bund, er hat den Rechtsanspruch festgelegt und ist von einer Betreuungsquote der unter 3jährigen von 35% ausgegangen?

Ist diese Quote in Hessen dann noch ausreichend? Das ersparte Geld für die Betreuung der Kinder über 3 Jahre könnten die Eltern nun auch in eine zusätzliche Betreuung der jüngeren Geschwisterkinder investieren wollen. Wird es wirklich so kommen und sind wir notfalls darauf vorbereitet?

Wir gehen haushaltstechnisch diesbezüglich in eine ungewisse Zukunft.

Gott sei Dank sollen wir voraussichtlich aus dem Investitionstopf der Hessenkasse 3,77 Mio. EUR erhalten. Dieses Geld können wir - falls zulässig, genaue Details der Programme fehlen nämlich

noch - gut in die geplanten Neubaumaßnahmen
Feuerwehr Keulos mit ca. 1 Mio. EUR und
Feuerwehr Pilgerzell mit ca. 1,3 Mio. EUR sowie
die Optimierung der Parkplatzsituation mit
eventuell ca. 1 Mio. EUR an der neuen Mitte
gedanklich investieren und haben dann wieder
ausreichend Luft, um eventuell anstehende
zusätzliche Maßnahmen im Kindergartenbereich
notfalls und bedarfsgerecht umsetzen zu können.

Was machen allerdings Kommunen, die diesen
Spielraum nicht haben, die nur ihre Kassenkredite
umschulden, auch zu Lasten der Gelder, an denen
wir ansonsten teilhaben würden, also auch auf
Kosten derer, die immer vernünftig gewirtschaftet
haben?

Gut, bei diesen Kommunen wird nun ein Reset-
Knopf gedrückt und alles auf 0 gesetzt und durch
neue Vorgaben werden die Handlungsmöglich-
keiten eingeschränkt, so dass ein Manövrieren in
immer schlechtere Zahlen durch eigenes
Verschulden nicht mehr möglich sein wird. Diese
Kommunen werden verpflichtet, zukünftig so zu

haushalten, wie es vernünftige Kommunen schon immer praktiziert haben.

Deren Spielräume werden auch durch die zwar relativ geringe aber verpflichtende Rückzahlung der Kassenkredite nicht unbedingt größer. Sie müssen aber vielleicht ebenfalls neue Kindergärten bauen. Hier hoffe ich zukünftig auf weitere Bundes- oder Landesprogramme, die uns bei diesen Herausforderungen im Kinderbetreuungsbereich helfen könnten.

Was gibt es ansonsten Besonderes am Haushalt 2018?

Er ist erstmalig nach Beschlussfassung direkt im neuen Jahr umsetzbar. Warum? Wir verzichten erstmalig auf den Ansatz von Kassenkrediten, die wir sowieso nie gebraucht haben, und somit ist der Haushalt genehmigungsfrei. Wir können entsprechend bereits ab Januar geplante Aufträge vergeben. Dieses erhöht zwar vermutlich die Erwartungshaltung an die Gemeindeverwaltung bezüglich einer schnelleren Umsetzung von Anträgen – es lässt die schnellere Umsetzung

allerdings jetzt auch zu und das ist gut so, gerade auch im Hinblick auf notwendige Ausschreibungen, die evtl. zu Jahresbeginn im Ergebnis etwas günstiger ausfallen könnten.

Wir sollten auch durch in 2017 erfolgte Personaleinstellungen im Bereich des Hochbauamtes mittlerweile besser dazu in der Lage sein.

Nun gehe ich etwas stärker auf die einzelnen Zahlen ein:

Wie bereits vorhin erwähnt, steigt unser Haushaltsvolumen im Ergebnishaushalt, der einer Gewinn- und Verlustrechnung aus der Privatwirtschaft am ehesten ähnelt, auf 26,51 Mio. EUR in den Erträgen und 26,26 Mio. EUR in den Aufwendungen. Somit verbleibt dort incl. der Erträge im außerordentlichen Bereich ein Überschuss von 251.616,00 – dieses entspricht ca. 1 % des Haushaltsvolumens und ergibt für mich eine schwarze Null. Auch deswegen bezeichne ich den Haushalt mit einer schwarzen Null, da dieser Betrag noch keine Haushaltsanträge der

Fraktionen enthält, welche vermutlich nicht zu einer Verbesserung der Haushaltssituation führen werden, sondern eher noch die Ausgabenseite steigen lassen. Weitere Steuererhöhungen wie im letzten Jahr wird es wohl nicht geben, zumindest schlage ich keine vor und halte sie derzeit auch nicht für notwendig und erwarte diese auch nicht von den Fraktionen.

Im Finanzhaushalt sieht das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit dann natürlich besser aus, da hier die Abschreibungen und Rückstellungen nicht angesetzt werden und der tatsächliche Geldfluss abgebildet wird. Hier erwarten wir einen Überschuss von ca. 2,4 Mio. EUR, der zum großen Teil für Investitionen eingesetzt wird, aber auch den geplanten Zahlungsmittelbestand per Ende des Haushaltsjahres um ca. TEUR 475 erhöht. Wir sparen also auch fast eine halbe Mio. Euro.

Der geplante Endbestand an Zahlungsmitteln beträgt zum Ende des Jahres 2018 dann 16,1 Mio. EUR. Hier sieht man etwas geringere Zahlen als im

vergangen Jahr. Die Kosten für den Kindergarten in Pilgerzell zeigen nun ihre Wirkung.

Außerdem muss ich an dieser Stelle auch wieder darauf hinweisen, dass unsere freien und nicht reservierten Finanzmittelbestände entsprechend nur ca. 3 Mio. EUR betragen, weil viele bereits beschlossenen Investitionen noch finanziert werden müssen.

Die wichtigsten Zahlen in der Gesamtübersicht finden Sie als Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter auf den Seiten 27-29 in der vorliegenden Haushaltsentwurfssfassung vom 23.10.2017.

Diese möchte ich ein wenig genauer erläutern:

Haupteinnahmequelle unserer Gemeinde Künzell ist weiterhin der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit ca. 9,4 Mio. EUR gegenüber 8 Mio. EUR im Vorjahr.

Bei der Gewerbesteuer gehen wir auch von einem leicht steigenden Ansatz auf 3.040 Mio. EUR aus. Darin enthalten ist eine Ratenzahlung von 40.000 EUR aus der Gemeinde Eichenzell, über die wir uns vermutlich im Laufe der nächsten Monate

noch unterhalten werden. Weitere Zahlungen aus Eichenzell wurden noch nicht veranschlagt, da die Höhe nicht bekannt war.

Bei der Grundsteuer A und B haben wir nur geringfügige Änderungen gegenüber 2017 und liegen bei insgesamt ca. 1,7 Mio. EUR.

Bei den Hebesteuersätzen sind wir für das Haushaltshaltjahr 2018, wie bereits zu Beginn meiner Rede erwähnt, mittlerweile komplett an der untersten Grenze des Landkreises Fulda zu finden. Dieses ist ein wichtiger Punkt für unsere Bürgerinnen und Bürger und ein Standortvorteil.

Bedenken macht mir an dieser Stelle nochmals die Einstellung des Finanzministeriums, welches Hebesätze von 1.200 % für vertretbar hält. Wo geht hier die finanzielle Schraube beim Nivellierungshebesatz noch hin? Die Festschreibung der aktuellen Nivellierungssätze läuft bald aus, die meisten Kommunen in Hessen haben seit der letzten Festlegung angehoben. Ich ahne Schreckliches für die Bürger von ganz Hessen.

Eine weitere Haupteinnahmequelle in unserem Haushalt sind die Schlüsselzuweisungen und die laufenden Zuschüsse, die mit ca. 8 Mio. gegenüber 7,2 Mio. EUR im Vorjahr auf der Einnahmenseite berücksichtigt wurden.

Auf der Ausgabenseite dominieren mit ca. 11,8 Mio. EUR gegenüber 10,1 Mio. EUR trotz erfolgter Umlagesenkungen in 2017 die Abführungen für Kreisumlage, Schulumlage und Gewerbesteuerumlage, die jedoch gerne noch etwas geringer ausfallen dürften. Wir sind auf die Ergebnisse im Kreistag gespannt und hoffen auf eine entsprechende Senkung.

Die zweitgrößte Ausgabenposition liegt bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen mit ca. 7,2 Mio. EUR gegenüber geplanten 7 Mio. EUR in 2017. Hier ist die Steigerung sehr moderat, da manche Änderungen im Stellenplan in Bezug auf die Kindergärten erst im Kalenderjahr 2019 richtig ergebniswirksam werden.

Die drittgrößte Ausgabengruppe betrifft mit 3,8 Mio. EUR die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Darin enthalten ist wiederum

eine stolze Summe von 1,15 Mio. gegenüber 1,2 Mio. EUR im Vorjahr für die Reparatur und Instandhaltung von Gebäuden, Außenanlagen, Einrichtungen und Straßen.

Dies sind notwendige Investitionen in die vorhandene Substanz, um mit kleineren und zeitnahen Maßnahmen einen größeren Renovierungsstau zu verhindern.

Mit 915.000 EUR gegenüber 800.000 EUR schlagen dann weiterhin Unterhaltungskosten für die gemeindlichen Gebäude der Verwaltung, der Kindergärten, unsere Bürgerhäuser sowie die Feuerwehren und Gerätschaften wie den gemeindlichen Fuhrpark zu Buche.

Die soeben genannten Zahlen stellen einen groben Einblick in das geplante laufende Geschäft der Gemeinde Künzell im Jahr 2018 dar.

Kommen wir nun zum Investitionsprogramm 2018:

Auch in 2018 wollen wir wieder kräftig investieren. Die Gesamtsumme der Investitionen steigt von 3,9 Mio. EUR in 2017 wieder auf 5,1

Mio. EUR in 2018 und liegt nur geringfügig unter der bisherigen Rekordsumme aus dem Jahr 2016.

Die größten investiven Maßnahmen im Haushaltsjahr 2018 betreffen weiterhin den Kindergartenbereich mit Schwerpunkt Neu- und Umbau Pilgerzell mit Haushaltsmitteln von insgesamt ca. 1 Mio. EUR, den Brandschutz mit 1,6 Mio. EUR, wobei dort die größten Positionen das neue Feuerwehrhaus in Keulos mit ca. 1 Mio. EUR und die Anschaffung eines HLF 20 für die Wehr Künzell-Bachrain mit ca. 450.000 EUR betreffen. Ob diese beiden geplanten Maßnahmen tatsächlich in 2018 realisiert werden können, hängt von der Bezuschussung des Landes Hessen und der Prioritätenliste des Landkreises Fulda ab.

Die Verwaltung hat auch immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, größere landwirtschaftliche Flächen erwerben zu können und stellt hierfür ca. 1 Mio. EUR neue Gelder ein.

Für den Straßenbau fallen 233.000 EUR und die Abwasserbeseitigung 410.000 EUR in diversen Maßnahmen an, wie z.B. den Straßenneubau der

Rochusstr. in Wissels, TEUR 125 zusätzliche Kosten für das Regenüberlaufbecken am Lannesküppel, Hochwasserschutz in Dirlos mit ca. TEUR 150 und in Engelhelms mit ca. TEUR 60 und der Erschließung für das Neubaugebiet Wissels. Zur Errichtung eines Kreisels am Nahversorgungszentrum Frankengrund in Pilgerzell bzw. Dirlos werden zunächst TEUR 75 für Planungen in den Ansatz gebracht.

Die Erweiterungskosten der hervorragenden Parkanlagen im unteren Grezzbachpark sollen TEUR 200 betragen. Hier enthalten sind Wegebaumaßnahmen, Spielgeräte, der neue kleinere Wasserspielplatz und eine öffentliche Toilettenanlage. Auch zu erwähnen sind die TEUR 45 für den Jugendraum in Engelhelms und die TEUR 50 für eine Fußgängerdrückampel in Dirlos bei der Piesel. Hier werden sich vor allem die Eltern und Kinder aus dem angrenzenden Neubaugebiet sehr über die Anhebung des Fußgängerschutzes freuen.

Die Anschaffungen für den Bauhof sind mit ca. TEUR 240 etwas höher als in den Vorjahren, hier

macht sich der notwendige Ersatz für den alten Unimog mit ca. TEUR 200 stark bemerkbar.

Dieses war nur ein Auszug der größten Positionen aus dem umfangreichen Vorhabenkatalog.

Das komplette Investitionsprogramm ist auf den Seiten 30 – 32 in der Übersicht dargestellt, wobei die ausführlichen Erläuterungen auf den Seiten 33 - 36 für noch mehr Transparenz sorgen.

Auf den Seiten 37 – 361 erfolgt die detaillierte Aufstellung des Haushaltsplanes nach Produktbereichen, Produktgruppen und Produkten.

Die mittelfristige Planung unserer Finanzen mit relativ geringer Aussagekraft ist auf den Seiten 362 – 367 abgedruckt.

Es schließt sich die Personalplanung mit dem Stellenplan ab Seite 368 bis 375 an.

Was verändert sich nun alles im Personalbereich?

Bei den Beamten bleibt mit 4,5 Planstellen alles gleich.

Im Bereich der Arbeitnehmer gibt es ein paar Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Bei

einer vergleichenden Prüfung des Landesrechnungshofes in Bezug auf die Personalverwaltung, deren Ergebnisbericht bis dato nur in einer noch durchzusprechenden vorläufigen Version vorliegt, wurden wir aufgefordert, zur besseren Transparenz und Vergleichbarkeit, selbst kleinste dauerhafte Nebenbeschäftigungen bezüglich des Stundenaufkommens zu bewerten und zukünftig direkt in den Stellenplan mit aufzunehmen. Deswegen erscheinen in der Erläuterungszeile unter dem eigentlichen Stellenplan nur noch die Auszubildenden und die Berufspraktikantinnen in den Kindergärten. Alle anderen Mitarbeiter und vereinbarten Stunden wurden nun im Stellenplan direkt integriert. Insofern steigen alleine aus diesem Grund die Anzahl der Arbeitnehmer um ca. 3 Stellen zuzüglich die Stunden für die Saisonarbeiter mit 1,5 Stellen an. Richtige Stellenausweitungen in der Verwaltung ergeben sich nur in geringem Maße mit 0,32 Stellen im Bürgerbüro (die Empfehlung des Landesrechnungshofes gem. jetzt erst vorliegendem vorläufigem Bericht lautet hierzu

mit einer Anhebung um 0,4 Stellen). Ebenso sollen die ehrenamtlich Tätigen im Brandschutz aus der Verwaltung stärker unterstützt werden, hierfür sind 0,26 Stellen vorgesehen.

Die Sachbearbeitung für die Kindergärten wird immer umfangreicher und durch die Erweiterungen in Dirlos und Pilgerzell steigen auch die Kinderzahlen und die Betreuungsplätze, somit entfallen ca. 1,5 Stellen zusätzlich auf den Bereich Kindergarten in Verwaltung, Essensausgabe und Reinigung. Für die Betreuung sind gemäß Kifög weitere 4,24 Stellen durch die Anhebung der Betreuungsplätze notwendig.

Eine Stellenhöhergruppierung gibt es gemäß Notwendigkeit aus dem Tarifvertrag von 8 in 9a. Und bis zum Ruhestand des Tiefbauingenieurs wird befristet eine Tiefbautechnikerstelle in eine weitere Ingenieurstelle umgewandelt. Bei den Stellenausschreibungen für die freie Technikerstelle war die erwartete und notwendige Kompetenz nicht ausreichend zu finden. Nun soll bei einer neuen Stellenausschreibung die

Möglichkeit zur Einstellung eines Ingenieurs gegeben sein.

Insgesamt stehen uns dann ca. 125 Vollzeitstellen zur Verfügung, die durch Teilzeitregelungen von aktuell 191 Mitarbeitern ausgefüllt werden. Somit sind wir als Gemeinde Künzell auch einer der größeren Arbeitgeber in unserem Zuständigkeitsbereich.

Nun möchte ich abschließend noch einen wesentlichen und zukunftsweisenden Punkt aus dem Haushalt 2018 herausstellen:

„Künzell goes Digital“ – Künzell wird digital

Die Verwaltung wird seit langem mit Informationen über die digitale Reformation in den Rathäusern überschüttet und hat sich diesbezüglich bisher noch etwas zurückgehalten. Wir haben zwar durch Einführung des digitalen Sitzungsdienstes auch schon erste Schritte dorthin gemacht und die Sitzungen werden nun auch meistens mit moderner Technik unterstützt, jetzt muss aber noch die digitale Transformation im Rathaus größeren Einzug halten. Im Investitionsplan kann man einen Ansatz von TEUR

53 für Hard- und Software und im laufenden Haushalt TEUR 100 für Investitionen in unser neues Digitalisierungskonzept finden. Wir haben z.B. noch keine digitalen Pläne unserer Immobilien und manche Prozessschritte könnten durch Einsatz digitaler Abläufe gestrafft und präzisiert werden. Wir wollen in unserer wachsenden Gemeinde nicht ständig unser Personalgerüst aufstocken müssen, sondern mit schlanken Strukturen und Prozessen die Handlungsfähigkeit erhalten und im optimalen Falle natürlich noch beschleunigen. Dieses ist dringend notwendig, wie wir an verschiedenen Baumaßnahmen im letzten Jahr sehen konnten.

Nun komme ich zu meinem diesjährigen Fazit:

Der Haushaltsplan 2018 zeigt insgesamt die sehr guten finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Künzell, die sinnvoll und zukunftsweisend genutzt werden, ohne den sparsamen Umgang mit den anvertrauten Steuergeldern zu vernachlässigen. Ebenso können wir den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Künzell noch mehr Geld im eigenen

Geldbeutel lassen, als es die große Mehrheit der anderen Kommunen hinbekommt.

Dieser Haushaltsplan führt auch aufgrund der Konstanz in den handelnden Personen der Gemeindeverwaltung und den sehr guten Neueinstellungen in den letzten beiden Jahren den erfolgreich eingeschlagenen Weg der vergangenen Jahre und Jahrzehnte fort.

Ich danke hier und heute den Mitarbeitern, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes tatkräftig mitgewirkt und in einigen Besprechungsrunden mit intensiven Diskussionen und kritischem Hinterfragen ihre Standpunkte eingebracht haben.

Dieser Haushalt trägt meine parteilose Handschrift und nicht schwerpunktmäßig die einer einzelnen Fraktion. Ich habe versucht, alle notwendigen internen und externen Wünsche abzudecken, die einer sachlichen Argumentation folgen – parteipolitische Anträge können nun bei den Haushaltsberatungen folgen, dafür bin ich nicht zuständig.

Bei den Abstimmungen in der Dezembersitzung hoffe ich auf entsprechende Berücksichtigung des

Grundhaushaltes, vor allem, wenn einzelne Parteianträge von den anderen Fraktionen nicht angenommen werden sollten.

Wir haben ca. 80 % der insgesamt 72 Anträge von den Ortsbeiräten eingeplant und zu 90% direkt im diesjährigen Haushaltsplan aufgenommen. Es waren konstruktive und sinnvolle Vorschläge, die eine zeitnahe Umsetzung erfordern. Wir müssen die Anträge der Ortsbeiräte zum Glück nicht auf 5 Jahre strecken, wie es in anderen Kommunen passiert. Hier bin ich auch den Ortsbeiräten für den moderaten Umgang mit den uns anvertrauten Steuergeldern dankbar.

Dieser Haushalt ist das Werk einer ganzen Mannschaft unter der Federführung des Kämmerers Jürgen Aschenbrücker.

Ich bin froh, seit fast 2 ½ Jahren Mitglied dieser sehr guten Mannschaft sein zu dürfen und bitte nach konstruktiven Diskussionen um Zustimmung zu dem vorgelegten Zahlenwerk in den nun folgenden Sitzungen.

Künzell, den 16.11.2017 – Ihr/Euer Timo Zentgraf